



DKG-Vorstandsvorsitzender Dr. Gerald Gaß

Klimaschutz im Krankenhaus – jetzt!

Das Gesundheitswesen verursacht insgesamt 5 % der gesamten CO₂-Emissionen in Deutschland. Die Krankenhäuser selbst haben daran einen relevanten Anteil. Die aktuellen Entwicklungen rund um die Energieversorgung in Deutschland aufgrund des Ukraine-Kriegs haben das Thema Klimaschutz nochmals an Bedeutung gewinnen lassen.

Ein aktuelles Gutachten des Deutschen Krankenhausinstituts (DKI), das in dieser Ausgabe beginnend mit einer Serie von Fachbeiträgen vorgestellt wird, belegt das hohe Potenzial in den Krankenhäusern zur Reduktion von CO₂-Emissionen und zur Einsparung fossiler Energieträger insgesamt. Insgesamt 100 Klimaschutzmaßnahmen konnten identifiziert werden.

Dieses hohe Potenzial ist leider in erster Linie darauf zurückzuführen, dass in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten aufgrund der Investitionsschwäche der Krankenhäuser dringend notwendige Sanierungen und Modernisierungen unterblieben sind. Die knappen Fördermittel mussten von den Kliniken in aller Regel prioritär in den Kernbereichen der Patientenversorgung konzentriert werden. Für Klimaschutz und CO₂-Reduktion gab es deshalb wenig Spielraum. Die hohe Abhängigkeit von fossilen Energien, zu 92 % hängt die Wärmeversorgung in den Kliniken am Gas, führt jetzt angesichts der Energiekrise zu einer besonderen Verletzlichkeit dieser wichtigen sozialen Infrastruktur. Es ist deshalb gut, dass im Rahmen dieses Gutachtens eine ganze Bandbreite an Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur CO₂-Reduktion aufgezeigt werden konnte. Jetzt ist konkretes Handeln gefragt, bei den Verantwortlichen in den Krankenhäusern selbst, aber auch in der Politik.

Wenn wir die Umstellung von fossilen Energien auf erneuerbare Energieträger zur Versorgung der Krankenhäuser in absehbarer Zeit erreichen wollen, brauchen wir gezielte Investitionen in Milliardenhöhe. Allein für Nordrhein-Westfalen kommt ein Gutachten zu dem Ergebnis, dass bis zu 7 Mrd. € erforderlich wären, um CO₂-Neutralität in den Krankenhäusern herzustellen. Bundesweit bedeutet dies ein Investitionsvolumen von 30 bis 40 Mrd. €. Der Bundesgesundheitsminister müsste jetzt dringend den Hut in den Ring werfen, wenn es darum geht, das vorhandene Finanzierungsvolumen des Klimaschutzpaketes 2030 der Bundesregierung auch für die Krankenhäuser zu nutzen.

Die Bundesregierung beabsichtigt mit diesem Maßnahmenpaket, Finanzmittel zur Energiewende und zum Klimaschutz in einem dreistelligen Milliardenbetrag bis zum Jahr 2030 zur Verfügung zu stellen. Bisher können wir hier aber keine Initiative von Gesundheitsminister Lauterbach erkennen. Diese Gelegenheit dürfen wir nicht verpassen. Wenn die Politik jetzt im Rahmen dieses Klimaschutzpaketes kein Sonderprogramm zum Klimaschutz in Krankenhäusern auflegt, wann dann? Es wäre bitter, wenn die aktuelle Aufmerksamkeit für das Thema und die gesicherte Erkenntnis, dass Investitionen in den Krankenhäusern eine hohe Wirksamkeit sowohl gesamtgesellschaftlich als auch für die Aufrechterhaltung der sozialen Infrastruktur hätten, trotzdem nicht zu konkretem politischen Handeln veranlasst. Ein durchschnittliches Krankenhaus verbraucht im Bereich der Wärmeerzeugung so viel Energie wie 3 000 Einfamilienhäuser. Das macht die Dimension des Potenzials deutlich. Konkret in Gas ausgedrückt sind das rund 5 Mio. Kubikmeter im Jahr pro Krankenhaus. Allen muss bewusst sein, dass die Krankenhäuser selbst nicht über die notwendigen Finanzmittel verfügen, um die Umstellung von fossilen Energieträgern auf nachhaltige Technologien zu schaffen. Selbstverständlich muss es jetzt parallel und kurzfristig auch darum gehen, mögliche Einsparpotenziale insbesondere beim Gasverbrauch durch eigene individuelle Initiativen der Krankenhäuser zu nutzen. Auch dafür bietet das Gutachten des DKI zahlreiche Ansatzpunkte. Um hier zu reagieren brauchen die Krankenhäuser sicher keine staatlichen Vorgaben, die extrem gestiegenen Energiepreise sind dafür Anreiz genug. In Teilen haben wir das Thema selbst in der Hand, umfassend kann aber die CO₂-Neutralität in den deutschen Krankenhäusern nur gemeinsam mit der Politik gelingen. Wir müssen jetzt handeln, bevor es zu spät ist.